

Jägeler, Franz J.

Article — Digitized Version

Indexbindung für Rohstoffpreise

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Jägeler, Franz J. (1975) : Indexbindung für Rohstoffpreise, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 4, pp. 200-204

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134806>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Indexbindung für Rohstoffpreise

Franz J. Jägeler, Hamburg

Seit geraumer Zeit fordern die Entwicklungsländer gerechte Relationen zwischen den Preisen ihrer Exportgüter und den Preisen, die sie für ihre Importe aus Industrieländern zahlen müssen. Sie schlagen deshalb eine Indexbindung zwischen ihren Export- und Importgüterpreisen vor. Ist dieses Instrument geeignet, ihre Terms of Trade zu verbessern?

Spätestens seit der Erdölkrise im Herbst 1973 sehen sich die Industrieländer einem neu gewonnenen Selbstbewußtsein der Entwicklungsländer gegenüber. Dieses schlug sich am deutlichsten wohl in der von der „Gruppe der 77“ im Rahmen der Vereinten Nationen initiierten „Erklärung über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung“ nieder. Die Forderungen dieser Deklaration, die sich speziell auf den Rohstoffbereich beziehen, sind nun als „over-all integrated programme for commodities“ zusammengefaßt bzw. näher spezifiziert worden und auf der Februar-Tagung des Rohstoffausschusses der UNCTAD von deren Generalsekretär Corea zur Entschließung vorgelegt worden. Wichtigster Bestandteil des integrierten Programmes ist der Vorschlag, zur Verbesserung der Terms of Trade (ToT) der Entwicklungsländer eine feste Relation zwischen deren Exportpreisen und den Preisen, die sie für ihre Importe aus Industrieländern zahlen müssen, herzustellen.

Vorschläge in der Vergangenheit

Nun ist es nicht das erste Mal, daß eine Indexbindung zwischen Export- und Importgüterpreisen der Entwicklungsländer gefordert wird. Bereits vor dem Zweiten Weltkrieg stellten so bekannte Ökonomen wie J. M. Keynes fest, daß „primary producers suffered grievously from several causes . . . with the result that prices of their products tended to fall in relation to the prices of the final products which they were buying“¹⁾, und schlugen entsprechende Maßnahmen zur internationalen Regulierung der Rohstoffmärkte vor. In aller

¹⁾ Zitiert aus UNCTAD: TD/B/505/Suppl. 1, S. 3.

Schärfe entbrannte die Diskussion um die sich verschlechternden ToT der Entwicklungsländer jedoch in den 50er und Anfang der 60er Jahre. Ihr Höhepunkt bestand in den vom damaligen Generalsekretär der UNCTAD, Raoul Prebisch, vorgebrachten Thesen. Ausgehend von seiner Theorie der peripheren Wirtschaft, wonach der freie internationale Handel zu einer relativen Verarmung der unterentwickelten Länder führt, forderte Prebisch, „die volle Kaufkraft der den Entwicklungsländern durch ihre Exporte zufließenden Erlöse aufrechtzuerhalten“²⁾. Durch à fonds perdu zu leistende Ausgleichszahlungen sollte dabei nicht nur die ToT-Parität zwischen Entwicklungs- und Industrieländern sichergestellt, sondern darüber hinaus die Erreichung eines „Standard-Niveaus“ an Kaufkraft erzielt werden. Einen alternativen Vorschlag machte N. Kaldor, der das Ziel einer Stabilisierung der Rohstoffpreise „at a level which is in some reasonable relationship to the prices of manufactured goods“³⁾, durch eine Kombination multinationaler Exportquoten und variabler Ausfuhrsteuern im Rahmen internationaler Rohstoffabkommen erreichen wollte.

In die Realität umgesetzt wurden jedoch bisher weder die Keynes'schen Vorstellungen noch die Ideen von Prebisch oder Kaldor. Lediglich innerhalb des Internationalen Währungsfonds (IWF) besteht seit 1963 für die Entwicklungsländer die Möglichkeit einer (rückzahlbaren) Ausgleichsfinanzierung im Falle kurzfristiger Schwankungen ihrer Exporterlöse, die im Jahr 1966 modifiziert und erweitert worden ist. Darüber hinaus hat es bis zum heutigen Zeitpunkt keine Bemühungen auf internationaler Ebene gegeben, das Problem einer relativen Verschlechterung der Rohstoffexportpreise generell über eine automatische Anbindung an die Entwicklung der Preise für Industriegüter zu lösen.

²⁾ Raoul Prebisch: Commercial Policy in the Underdeveloped Countries, in: The American Economic Review, Papers and Proceedings, Vol. 49 (1959), S. 251 ff.

³⁾ Nicholas Kaldor: Stabilizing the terms of trade of underdeveloped countries, in: Economic Bulletin for Latin America, Vol. 8 (1963), No. 1, S. 1-7.

Dr. Franz J. Jägeler, 30, ist Referent in der Abteilung Außenwirtschaft und Integrationspolitik des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg. Er befaßt sich speziell mit Welthandelsfragen und EG-Problemen.

Wenn jetzt trotzdem im Rahmen des integrierten Aktionsprogramms die Forderung nach Indexierungsmaßnahmen wieder vorgebracht wird, so geschieht dies aus zwei Gründen:

Einmal, so argumentieren die Entwicklungsländer, hat sich die Inflationsrate in den industrialisierten Staaten – und damit die Rate des Preisanstiegs für Industriegüterexporte – seit Beginn der 70er Jahre in einem bisher nicht erlebten Ausmaß erhöht. Demgegenüber sind die Preise für die meisten Rohstoffe wieder kräftig ins Rutschen gekommen; und angesichts der stagnierenden Nachfrage ist ein noch stärkeres Absinken zu befürchten. Erheblich verteuert haben sich dagegen auch die Einfuhren von Erdöl sowie von wichtigen Nahrungs- und Düngemitteln. Allein 1974 wird sich deshalb – nach Berechnungen des UNCTAD-Sekretariats – die gemeinsame Zahlungsbilanz der nicht erdölexportierenden Entwicklungsländer um 5–9 Mrd. US\$ und 1975 um weitere 13–23 Mrd. US\$ verschlechtern; die Notwendigkeit zur Verbesserung der ToT dieser Länder ist also größer denn je zuvor.

Zweitens haben sich heute die Chancen für eine Durchsetzbarkeit solcher Maßnahmen beträchtlich verbessert. Angesichts einer, wenn auch nur allmählich sich abzeichnenden Verknappung der Weltreserven bei wichtigen Rohstoffen hat auch in den Industrieländern das Interesse an einer Reorganisation des internationalen Handels mit Rohstoffen zugenommen. Stärker als in früheren Jahren sind die großen Verbraucherländer heute um die Sicherung einer ausreichenden und kontinuierlichen Versorgung mit Rohstoffen bemüht. An die Stelle der bisherigen einseitigen Abhängigkeit der Rohstoffe erzeugenden von den Rohstoffe verbrauchenden Ländern tritt damit eine weitgehende Interesseninterdependenz. Und in einer solchen Situation, so heißt es im UNCTAD-Report, "indexation may become a practicable proposition" ⁴⁾. Sie wäre nicht nur geeignet, die effektiv von den Entwicklungsländern für ihre Rohstoffexporte erzielten Preise auf einem befriedigenden und im Vergleich zu den Preisen für wichtige eingeführte Industriegüter angemessenen Niveau zu halten; vielmehr könnten auf diese Weise auch die in der Vergangenheit immer wieder aufgetretenen kurzfristigen Produktions- und Preisschwankungen vermieden werden, womit den Interessen der Erzeuger- und Verbraucherländer gleichermaßen gedient wäre.

Technische Ausgestaltung

Grundsätzlich soll die Indexierung nach den Vorstellungen der Entwicklungsländer für möglichst alle Rohstoffe eingeführt werden, die für sie von Exportinteresse sind. Dabei werden zwei alterna-

tive Formen für möglich gehalten. Die erste, „aktive“, Form würde sich direkt über den Marktpreis vollziehen, die zweite, „passive“, indirekt über den Transfer finanzieller Mittel. Vorzuziehen ist allerdings, so das integrierte Aktionsprogramm, die „aktive“ Indexierung. Sie hätte den Vorteil der gleichzeitigen Preisstabilisierung und vermiede außerdem mögliche bei Kompensationszahlungen auftretende Probleme wie

Erhöhung der Verschuldung der Entwicklungsländer für den Fall, daß die Kompensation lediglich in Form von Anleihen gewährt würde;

Bindung der Zahlungen an politische oder wirtschaftliche Zugeständnisse an die Geberländer und

Abhängigkeit der Hilfeleistung von ad-hoc-Entscheidungen anstelle (über den Marktpreis) automatischer Mittelübertragungen.

Nicht alle Rohstoffe jedoch eignen sich für die „aktive“ Indexierung – einmal, weil einige Industrieländer ebenfalls als Hauptexporteure bei einer Reihe von Rohstoffen auftreten, zum anderen aufgrund bestimmter technischer Schwierigkeiten, auf die unten noch näher eingegangen wird. Damit gewährleistet ist, daß alle Entwicklungsländer in gleicher Weise behandelt werden, soll zusätzlich zur „aktiven“ Indexierung ein System finanzieller Kompensationszahlungen eingeführt werden.

Beide Arten der Indexierung erfordern die Verwendung eines irgendwie konstruierten Indikators. Dieser muß dem mit der Indexierung angestrebten Ziel in möglichst angemessener Weise entsprechen und schnell verfügbar sein. Von mehreren denkbaren Indikatoren, wie z. B.

Produktionskosten des exportierten Rohstoffs, Weltmarktpreis der Industriegüter, in welche die Rohstoffe als Inputs eingehen und

Importgüterpreise der Entwicklungsländer, werden die letztgenannten für am geeignetsten gehalten. Lediglich in Ausnahmefällen – bei solchen Rohstoffen, deren Erzeugung weitgehend standardisiert ist bzw. bei denen die Weiterverarbeitung zu einem einzigen Hauptprodukt erfolgt ⁵⁾ – sollen auch die beiden zuerst erwähnten Versionen Anwendung finden.

In jedem Fall wird jedoch auch die Einführung bestimmter Kontrollmechanismen notwendig sein, um die durch die jeweilige Indexformel definierten Preise auf dem Markt durchsetzen zu können. Die Angemessenheit der hierfür in Frage kommenden

⁴⁾ UNCTAD, Trade and Development Board: The indexation of prices (TD/B.503 Suppl. 1), Genf 1974, S. 61.

⁵⁾ Ein Beispiel aus jüngster Vergangenheit hierfür ist die von Jamaika eingeführte Besteuerung der Bauxitproduktion, deren Höhe an die Entwicklung der Preise für Aluminium-Ingots gebunden ist.

Instrumente (Ausgleichsläger, Produktions- bzw. Exportquoten, Exportsteuern usw.) ist dabei abhängig von der Art des zu regulierenden Rohstoffs. Die Kontrolle sollte aber vorzugsweise durch ein gemeinsames Vorgehen der Produzentenländer erfolgen. Andere Möglichkeiten, wie internationale Rohstoffabkommen zwischen Erzeuger- und Verbraucherländern, Abschluß langfristiger Liefer- und Abnahmekontrakte bzw. multilateraler Ausgleichsfinanzierungssysteme (die „passive“ Indexierung), könnten dort einsetzen, wo die Bildung von Erzeugerkartellen nicht durchführbar ist.

Praktische Schwierigkeiten

Soweit in groben Zügen die Vorstellungen der Entwicklungsländer. Die hinter ihrem Plan einer Rohstoffpreisindexierung stehende Zielsetzung – Verbesserung ihrer Terms of Trade – ist sicherlich unter weltwirtschaftlichen Aspekten ohne Einschränkung zu unterstützen. Erhebliche Zweifel sind jedoch hinsichtlich der Realisierbarkeit dieses Konzepts anzumelden. Selbst wenn man von den technisch-administrativen Schwierigkeiten absieht, stellt sich eine Fülle von Problemen, deren Lösung

entweder überhaupt nicht oder nur unter immer weitergehenden Eingriffen in den internationalen Wirtschaftsprozeß möglich ist.

Allein die Herstellung einer festen Relation zwischen den Preisen der verschiedenen Rohstoffe und den Importpreisen der Entwicklungsländer wäre mit erheblichen strukturellen Konsequenzen verbunden. Bei Verwendung eines einheitlichen Preisindex z. B. würde das Preisverhältnis zwischen den einzelnen indexierten Rohstoffen zementiert, d. h. weder könnten sich mögliche Produktivitätsfortschritte in sinkenden Preisen noch Kostensteigerungen in entsprechenden Preiserhöhungen niederschlagen. Zwar wäre es grundsätzlich möglich, das Preisverhältnis der indexierten Rohstoffe untereinander in bestimmten Zeitabständen zu revidieren, doch ist fraglich, ob dies politisch durchsetzbar wäre. Selbst wenn für jeden Rohstoff gesonderte Indices konstruiert würden – was wegen der dabei auftretenden statistischen Probleme wenig wahrscheinlich ist –, ergäben sich unerwünschte Umverteilungseffekte. Denn die dann auftretenden Verschiebungen in den relativen Preisen wären nicht das Ergebnis unterschied-

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

DEM NÄCHST ERSCHEINT

Franz Jürgen Jägerler

DIE ROHSTOFFABHÄNGIGKEIT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Die Bundesrepublik Deutschland ist als viertgrößte Industrienation eines der Hauptverbraucherländer von Rohstoffen. Sie selbst verfügt jedoch nur über einen verschwindend geringen Teil der gesamten heute bekannten Rohstoffreserven. Die relative Unsicherheit in der Versorgung mit notwendigen Rohstoffen drang allerdings erst während der „Erdölkrise“ in das Bewußtsein einer breiteren Öffentlichkeit. In der vorliegenden Studie werden vor dem Hintergrund umfassenden statistischen Materials der Grad der Rohstoffabhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland für eine breite Palette von Rohstoffen dargestellt und besondere potentielle Engpaßbereiche der Rohstoffversorgung analysiert.

Großoktav, 201 Seiten, 1975, Preis brosch. DM 34,-

ISBN 3-87895-128-0

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG

licher Produktivitäts- oder Kostenentwicklungen bei den einzelnen Rohstoffen, sondern würden lediglich Veränderungen im Verhältnis der verwendeten Indices zueinander widerspiegeln. Dies könnte jedoch dazu führen, daß es – in Abhängigkeit von den relativen Preisveränderungen – bei einzelnen Rohstoffen zu Produktionsausweitungen und bei anderen zu Einschränkungen der Erzeugung käme, die nicht auf entsprechende Nachfrageverschiebungen zurückzuführen wären.

Von erheblich größerer Bedeutung wären die Probleme, die sich ergeben können, wenn die Indexierung – wie zumindest gegenwärtig von den Entwicklungsländern gefordert – mit einer allgemeinen Anhebung der Rohstoffpreise gegenüber den Preisen für Industrieerzeugnisse verbunden wäre. Die meisten der von den Entwicklungsländern exportierten Rohstoffe sind zumindest mittel- bis langfristig relativ angebotselastisch. Eine künstliche Erhöhung der Preise würde also tendenziell zur Bildung von Angebotsüberschüssen führen. Um dies zu vermeiden, wird im UNCTAD-Plan die teilweise oder völlige Abschöpfung der Preiserhöhung durch an die Indexierung gebundene Exportabgaben empfohlen.

Nun haben die Exportabgaben gegenüber direkten angebotsbeschränkenden Maßnahmen, wie Produktions- und/oder Exportquoten, zwar den Vorteil, daß sie leichter auszuhandeln sind, eine wirklich effektive Kontrolle des Angebots können sie jedoch nicht gewährleisten. Denn wenn durch die Abschöpfung auch für den einzelnen Erzeuger kein Anreiz zur Ausweitung seiner Produktion gegeben wäre, so würden doch auf die Dauer die Regierungen der jeweiligen Erzeugerländer der Versuchung nicht widerstehen können, ihre Exporteinnahmen zu Lasten anderer Anbieter erhöhen zu wollen. Die Notwendigkeit einer irgendwie gearteten Quotenregelung ließe sich also nicht umgehen. Dies wiederum würde zu den Schwierigkeiten führen, die von den in der Vergangenheit gescheiterten Rohstoffabkommen her bereits bekannt sind (Verteilung der Quoten auf die einzelnen Anbieterländer, Zementierung der Produktionsstruktur, Kontrollmechanismus etc.).

Nicht zuletzt stellt sich das Problem der Außen-seiterkonkurrenz, das sich weder durch Exportabgaben noch durch Quotenregelungen bzw. eine Kombination dieser beiden Instrumente lösen läßt. Hierfür wäre entweder die Bildung einer zentralen Einkaufs- und Verkaufagentur oder aber die Schaffung eines Bufferstocks erforderlich. Derartige Einrichtungen aber eignen sich lediglich für die Preisstabilisierung, nicht aber zur Beseitigung struktureller Überschüsse.

Wesentliche Beschränkungen ergeben sich schließlich auch von der Nachfrageseite her. Je

nach der Preiselastizität der Nachfrage nach den jeweiligen Rohstoffen könnte die Indexierung zu proportionalen oder sogar überproportionalen Rückgängen der verkauften Mengen führen und sich entsprechend negativ auf das von den Rohstoffländern angestrebte Ziel der Exporterlös-Steigerung auswirken⁶⁾. Denn höhere Preise würden die Industrieländer auf die Dauer nicht nur zur sparsameren Verwendung, sondern auch zur Entwicklung von Substitutionserzeugnissen und erhöhter Rückführung zwingen. Diese Gefahr wäre um so größer, je höher das Referenzpreisniveau und je länger und ausgeprägter die inflationären Tendenzen in den Industrieländern sind. Sie ließe sich nur durch zusätzliche Maßnahmen, wie Abnahmegarantien der Verbraucherländer, Produktionskontrollen für synthetische Erzeugnisse usw., vermeiden. Solche tiefgreifenden Eingriffe in das freie Spiel der Marktkräfte dürften jedoch kaum die Einwilligung der betroffenen Industrieländer finden.

Negative Auswirkungen

Schon die aufgeführten Schwierigkeiten der praktischen Durchführung lassen die Indexierung als kaum gangbaren Weg zur Verbesserung der Terms of Trade der Entwicklungsländer erscheinen. Zusätzliche Einwände tauchen auf, wenn man die möglichen Auswirkungen einer solchen Maßnahme auf die allgemeine weltweite Preisentwicklung sowie auf die Zahlungsbilanzen sowohl der Industrie- als auch einzelner Entwicklungsländer in Betracht zieht. Die UNCTAD selbst kommt mit Hilfe eines von ihr entwickelten theoretischen Modells zu dem Ergebnis, daß eine Indexierung die internationale Inflationsrate nur marginal ansteigen ließe⁷⁾. Diese Aussage ist jedoch mehr als vage und beruht zudem auf einer Reihe sehr vereinfachender Annahmen. Auf jeden Fall übertrieben ist die in der zitierten Studie ausgesprochene Erwartung, die Indexierung könne die Industrieländer zu einer verstärkten Bekämpfung ihrer inländisch erzeugten Inflation veranlassen⁸⁾.

Sehr viel schwerer wiegen jedoch die voraussichtlichen Effekte einer Indexierung auf die Zahlungsbilanzen der von Rohstoffimporten abhängigen Länder. Das gilt einmal für eine Reihe von Industriestaaten, die bereits jetzt mit hohen Defiziten als Folge der gestiegenen Erdölpreise zu kämpfen haben. Diese Länder könnten bei einer weiteren Belastung ihrer Zahlungsbilanz durch steigende Rohstoffpreise gezwungen sein, weitere Abstriche bei ihren bisherigen (direkten) Entwicklungshilfe-

⁶⁾ Zum folgenden vgl. Klaus Billerbeck: Alternativen der künftigen Gestaltung des internationalen Handels mit Rohstoffen, Berlin 1974, S. 31 f.

⁷⁾ UNCTAD, Trade and Development Board: The indexation of prices (TD/B/503), Genf 1974, S. 7.

⁸⁾ Vgl. ebenda.

leistungen zu machen. Die Vorteile der Indexierung für die Rohstoffe exportierenden Entwicklungsländer würden damit zumindest teilweise wieder zunichte gemacht.

Auf der anderen Seite gibt es zahlreiche Entwicklungsländer, die entweder kaum über exportfähige Rohstoffe verfügen oder deren Rohstoffeinfuhren größer sind als die eigenen Rohstoffexporte. Diese Ländergruppe wäre im Falle einer Indexierung besonders benachteiligt. Die für sie entstehenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten könnten nur durch Gewährung zusätzlicher Entwicklungshilfe aufgefangen werden. Dazu dürften jedoch die Geberländer, die ohnehin schon die Belastung der durch die Indexierung erhöhten Rohstoffpreise zu tragen hätten, kaum bereit sein. Und eine mögliche Alternative hierzu – entsprechende Verringerung der Hilfeleistungen an die von der Indexierung profitierenden Entwicklungsländer – scheint ebenfalls nur schwer realisierbar zu sein.

Ein weiteres und wohl eines der schwerwiegendsten Argumente gegen die Indexierung käme hinzu, soweit diese mit einem Transfer finanzieller Ressourcen von Industrie- auf Entwicklungsländer

verbunden wäre: Die Höhe der Übertragung wäre nicht von der Fähigkeit des jeweiligen Landes zur Bereitstellung solcher Mittel bestimmt, sondern von dem Ausmaß, in dem es selbst auf die Einfuhr bestimmter Rohstoffe angewiesen ist. Die Verteilung der Mittel andererseits hinge ab von der Exportstruktur der Empfängerländer und nicht von ihrer relativen Bedürftigkeit und ihrem Entwicklungsstand.

Politische Widerstände

Die Reaktion der Industrieländer auf diesen sog. Corea-Plan ist entsprechend kühl. Zwar sind die entwickelten Staaten als Hauptverbraucher von Rohstoffen in der gegenwärtigen Situation bemüht, eine offene Konfrontation mit den Rohstoffländern zu vermeiden; dies kommt u. a. in einer einstimmig verabschiedeten Entschließung zum Ausdruck, in der die UNCTAD-Vorschläge als „nützliche Basis“ für weitere Arbeiten auf diesem Gebiet bezeichnet werden. Ihr Widerstand zeigt sich jedoch in der in die Resolution aufgenommenen Forderung, daß zu einigen konkreten Punkten weitere Studien angefertigt werden sollen. Von dem Ergebnis der Studien soll die endgültige Entscheidung über das Programm abhängig gemacht werden. Ohne Frage gehen die Industrieländer dabei von der Erwartung aus, daß diese Ergebnisse negativ ausfallen werden. Ihnen geht es jetzt in erster Linie darum, Zeit zu gewinnen und die gegenwärtig noch relativ geschlossene Front der Entwicklungsländer aufzuweichen. Auf die Dauer allerdings werden sie nicht darum herum kommen können, selbst Lösungen anzubieten, die geeigneter wären, den Entwicklungsländern aus ihrer vielfach ausgesprochen desolaten Situation herauszuhelfen. Im Interesse eines möglichst ungehinderten weltweiten Warenaustauschs sollten diese Lösungen marktwirtschaftlich sein. Das jedoch heißt nichts anderes als Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung durch Verlagerung von Verarbeitungsstufen in die Rohstoffe erzeugenden Länder auf partnerschaftlicher Basis und weiterer Abbau von Handelshemmnissen für verarbeitete Erzeugnisse aus der Dritten Welt.

Die gegenwärtig in Genf laufenden Verhandlungen zur weltweiten Liberalisierung des Welthandels im Rahmen des GATT geben den Industrieländern Gelegenheit für ein solches Entgegenkommen. Spätestens aber zum Sommer 1976, wenn die nächste UNCTAD-Konferenz stattfindet, sollten erste Fortschritte erzielt sein. Die Geduld der Entwicklungsländer könnte sonst vollends erschöpft sein und radikale Vorstellungen endgültig die Oberhand gewinnen. Die dann zu erwartende offene Konfrontation zwischen „Arm“ und „Reich“ aber würde allen am internationalen Handel beteiligten Ländern schaden.

Wer liefert was?

Erschienen am
frühlingsanfang
Richtungsweisend

leicht zu handhaben

Ivw-kontrolliert

Einheitlich aufgebaut

fundgrube für den einkäufer

Erfolgskontrolle für die industrie

Ratgeber im in- und ausland

tatsächlich verbreitete
auflage 16 000 bände

Weltweite verbreitung

angeboten zum

Sparpreis von DM 36,45 + MwSt.

?gibt es nicht

Bezugsquellennachweis für den
Einkauf „Wer liefert was?“ GmbH.,
2000 Hamburg 11,
Ost-West-Straße 49, Telefon 33 04 57

